

## AMNESTY INTERNATIONAL - ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

11. Mai 2022 MDE 15/5589/2022

**ISRAEL / BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE:  
FORTGEFÜHRTE MUSTER RECHTSWIDRIGER TÖTUNGEN UND ANDERE  
VERBRECHEN VERTIEFEN DIE GRÄBEN DER APARTHEID**

Die israelischen Behörden müssen die rechtswidrigen Tötungen, die absichtlichen Verletzungen, die willkürlichen Inhaftierungen, die Folterung und anderen Misshandlungen, die Verfolgung und die kollektive Bestrafung von Palästinenser\*innen beenden, die seit Amtsantritt des israelischen Premierministers Naftali Bennett im Juni 2021 immer weiter eskalieren. Die Monate März und April 2022 sahen die höchste Anzahl getöteter Palästinenser\*innen und Israelinnen bzw. Israelis, die innerhalb eines Zweimonatszeitraums abseits bewaffneter Feindseligkeiten in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT / Occupied Palestinian Territories) seit dem Jahr 2008 getötet wurden. Die israelischen Behörden müssen jetzt ernsthafte und unverzügliche Schritte unternehmen, um in allererster Linie palästinensische Kinder zu schützen, die Opfer rechtswidriger Tötungen, absichtlicher Verletzungen, willkürlicher Verhaftungen, Folter und anderer Misshandlungen waren und sind, und ihre Verfolgung beenden.

Der aktuelle alarmierende Anstieg schwerer Verstöße ereignet sich in einer Zeit, in der Spitzenvertreter israelischer Politik mit weiterer Gewalt gegen Palästinenser\*innen drohen. Die internationale Gemeinschaft muss jetzt ohne weiteren Verzug in Aktion treten, um Druck auf die israelischen Behörden auszuüben, damit rechtswidrige Tötungen und andere massive Verstöße gestoppt und konkrete Maßnahmen zum Abbau des israelischen Systems der Apartheid gegen Palästinenser\*innen ergriffen werden.

Diese internationalen Völkerrechtsverstöße und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen setzen die Muster fort, die von Israels Behörden im Kontext eines Systems der Unterdrückung und Herrschaft über die palästinensische Bevölkerung zum Vorteil jüdischer Israelinnen und Israelis in der Absicht begangen werden, genau dieses System der Diskriminierung aufrechtzuerhalten. Sie sind Bestandteil eines so verbreiteten wie systematischen Angriffs, der gegen die palästinensische Bevölkerung gerichtet ist, und die menschenunwürdigen Vorgehensweisen, die hierbei zutage treten, gelten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wie sie im internationalen Völkerrecht definiert sind. Alle, denen die Gerichtsbarkeit über die Verübung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschließlich der Apartheid zukommt, darunter auch der Staat Israel selbst, die palästinensischen Behörden, die internationale Gemeinschaft und der Internationale Strafgerichtshof (ICC / International Criminal Court) müssen der Durchführung solcher Verbrechen durch unparteiische Untersuchungen nachgehen.

Seit die aktuelle israelische Koalitionsregierung am 21. Juni 2021 die Regierung übernommen hat bis zum Ende des Monats April 2022 töteten israelische Truppen in den OPT nach Angaben des Büros zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen ([UNOCHA / United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs](#)) genau 76 Palästinenser\*innen, darunter mindestens dreizehn Kinder. Die Monate März und April 2022 sahen die höchste Zahl getöteter Palästinenser\*innen und Israelinnen bzw. Israelis, die es innerhalb einer Zeit von zwei Monaten außerhalb bewaffneter Feindseligkeiten in Israel und OPT seit dem Jahr 2008 gegeben hat. Allein im März 2022 starben zwölf Palästinenser\*innen, darunter drei Kinder, durch die israelischen Soldaten. Ein weiterer Palästinenser wurde von einem israelischen Siedler getötet. Im Monat April 2022 töteten israelische Soldaten laut der Aufzeichnungen von Amnesty International mindestens 22 Palästinenser\*innen, darunter wiederum drei Kinder. Im Vergleich dazu wurden im Vergleichszeitraum vom März und April 2021 unter der vorherigen israelischen Regierung nach Angaben des UNOCHA zwei Palästinenser\*innen getötet und 378 verletzt.

Viele der Todesfälle seit Beginn dieses Jahres waren das Ergebnis exzessiver Gewaltanwendungen durch israelische Truppen im Rahmen von Aktivitäten zur Rechtsdurchsetzung inklusive der polizeilichen Begleitung von Protesten und Menschenansammlungen, Verhaftungen und Durchsuchungsaktionen. Wie die Nachforschungen der israelischen bzw. palästinensischen Menschenrechtsorganisationen [B'Tselem](#) und [Al Haq](#) ergeben haben, wurden am 8. Februar 2022 drei Palästinenser von der israelischen Grenzpolizei unter Umständen getötet, bei denen es sich allem Anschein nach um außergerichtliche Hinrichtungen gehandelt hat.

Bei einzelnen Attacken bewaffneter palästinensischer Personen kamen seit dem 22. März 2022 in Städten in ganz Israel achtzehn Menschen ums Leben, darunter drei Polizeibedienstete und zwei ausländische Staatsbürger. Sechs palästinensische Angreifer wurden von israelischen Soldaten, einer von einem bewaffneten israelischen Staatsbürger getötet. Im Anschluss an die Attacke eines einzelnen bewaffneten Palästinensers in der Stadt Bnei Brak am 29. März 2022, bei der drei Bürger des Staates Israel, darunter ein Polizist sowie zwei ukrainische Staatsbürger ums Leben kamen, leiteten die israelischen Behörden eine gemeinsame Operation der Armee- und Polizeikräfte in der gesamten besetzten Westbank ein. Im Zuge dieser Operation verhängte Israel insbesondere in Jenin und Ostjerusalem kollektive Strafmaßnahmen gegen Palästinenser\*innen, schränkte deren Bewegungsfreiheit zusätzlich ein und nahm Hunderte von Palästinenser\*innen für Befragungen fest, die sich über mehrere Stunden hinzogen. Teilweise wurden diese Festnahmen von den israelischen Truppen derart gewaltsam ausgeführt, dass es auf Folter und andere Formen der Misshandlungen hinauslief.

[Laut](#) dem Verein Palästinensischer Gefangener (Palestinian Prisoner Society) hielten Israels Militär und Verteidigungsministerium zwischen dem 1. Januar und dem 26. April 2022 rund 550 Palästinenser\*innen ohne Anklage oder gerichtliches Verfahren in Administrativhaft fest, einer Form der Verwaltungshaft, die unendlich oft erneuert werden kann. Wie die oben genannte [palästinensische Nichtregierungsorganisation](#) erklärte, waren 240 dieser Administrativhaftanordnungen gegen Personen gerichtet, die bis dahin noch nie in Haft gewesen und [größtenteils in den Monaten März und April 2022 festgenommen](#) worden waren. Unter den neuen Inhaftierten befanden sich mindestens sechs palästinensische Einwohner von Ostjerusalem und Bürger des Staates Israel. Im gleichen Zeitraum wurden auch zwei jüdische Bürger des Staates Israel unter Administrativhaft gestellt.

Amnesty International hat mit neun Augenzeugen und drei Rechtsanwält\*innen gesprochen, die die palästinensischen Häftlinge vertreten; außerdem wurden zahlreiche Video- und Fotobeweise geprüft, Feldbeobachtungen durchgeführt und Informationen von Menschenrechtsorganisationen zusammengetragen, um die Muster rechtswidriger Tötungen, willkürlicher Festnahmen, Folterungen und anderer Misshandlungen und die kollektive Bestrafung palästinensischer Gemeinschaften zu analysieren. Gleichermaßen sind auch die Informationen über tödliche Angriffe auf Zivilist\*innen in Israel durch einzelne bewaffnete Palästinenser von Amnesty International verifiziert und bestätigt worden.

## **OFFENBAR AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN UND ANDERE RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN**

Seit Beginn dieses Jahres töteten israelische Sicherheitskräfte mindestens drei Palästinenser unter Umständen, die offenbar auf außergerichtliche Hinrichtungen hinausliefen – unter Verstoß gegen internationale Rechtsnormen und ein Verbrechen nach internationalem Recht. Sechs weitere Palästinenser starben bei weiteren offenbar ebenfalls rechtswidrigen Tötungen.

Der 21-jährige Ashraf Mbaslat, der gleichaltrige Muhammad Dakhil und der 26-jährige Adham Mabroukeh wurden am 8. Februar 2022 von israelischen Soldaten getötet, als sie in einem Fahrzeug in Nablus in der besetzten Westbank unterwegs waren. Laut der [israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem](#), starben die Männer, als in sie einen Hinterhalt der Anti-Terror-Einheit der Israelischen Grenzpolizei gerieten. [Der Sprecher der Israelischen Grenzpolizei sagte](#), die Männer seien bewaffnet gewesen, es seien aber keine Schüsse auf israelische Sicherheitskräfte abgegeben worden. Ihr Tod sollte als offensichtlich außergerichtliche Hinrichtung untersucht werden.

In der Nähe von Tulkarem im Norden des besetzten Westjordanlandes töteten israelische Soldaten am 2. April 2022 den 25-jährigen Saif Abu Libdeh, den 24-jährigen Khalil Tawalbeh und den 30-jährigen Sa'eb Abahra. Wie Amnesty Internationals Menschenrechtspartner [und andere Quellen](#) bestätigten, waren die drei Männer bewaffnet und wurden in einem Hinterhalt von israelischen Truppen unter Beschuss genommen und getötet. Ein Video, das palästinensische

Beobachter aufgenommen haben und von Amnesty International gesichtet wurde, zeigt wie Militärfahrzeuge ein Auto umzingeln, in dem die drei palästinensischen Männer saßen. Als einer der Männer das Fahrzeug verließ, wurde er erschossen. Israelische Sprecher [behaupteten](#) zunächst, die drei palästinensischen Männer seien zu einem Angriff auf Israelis unterwegs gewesen und bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet worden. Später kam durch eine Untersuchung der israelischen Armee heraus, dass der bei diesem angeblichen Schusswechsel schwer verletzte Polizist von Splittern der Munition israelischer Soldaten getroffen worden war. Die Einzelheiten der Untersuchung, die in der [israelischen Presse](#) veröffentlicht wurden, weisen nicht darauf hin, dass das Leben der Soldaten unmittelbar in Gefahr gewesen war. Der Tod der drei palästinensischen Männer sollte daher als eine mögliche rechtswidrige Tötung untersucht werden.

An einem Militärkontrollpunkt inmitten des Dorfes Husam in der Nähe von Bethlehem im besetzten Westjordanland schossen israelische Soldaten am 10. April 2022 aus einer Distanz von zwei bis drei Metern auf die 47 Jahre alte Ghada Sabateen. [Die Armee erklärte](#), die Frau sei unbewaffnet gewesen, und der Vorfall werde untersucht. Wie von einem Amnesty International Researcher beobachtet und durch [Fotos](#) belegt, war Ghada Sabateen sichtbar körperlich beeinträchtigt und trug eine dicke Brille, als auf sie geschossen wurde. [In Videos](#), die von Amnesty International geprüft wurden, ist zu sehen, wie [Ghada Sabateen](#) in der Nähe des Kontrollpunktes mit leeren Händen die Straße entlang geht und sich dann die Ohren zuhält, als ein Soldat Warnschüsse in die Luft abgibt. Verwirrt ändert sie ihre Gehrichtung und nähert sich dadurch dem Checkpoint. Das Militär behauptete, die Frau habe sich auf ["verdächtige Weise"](#) bewegt, doch konnten weder die Armee [noch die menschenrechtlichen Ermittler](#) irgendwelche Beweise dafür erbringen, dass Ghada Sabateen eine Gefahr für die Soldaten darstellte. Nachdem ihr einer der Soldaten ins Bein geschossen hatte, fiel die Frau zu Boden und kollabierte nach und nach. Ein Researcher von Amnesty International, der die Ereignisse beobachtete, sah wie die Soldaten Ghada Sabateen in eine Erste-Hilfe-Position umlagerten und Passanten etwa zehn Minuten lang daran hinderten, sich ihr zu nähern, bis sie ihre Telefongespräche beendet hatten. Nach Angaben des [Palästinensischen Gesundheitsministeriums](#) ist Ghada Sabateen verblutet und starb an einer geplatzten Arterie, die sie durch die Schussverletzung erlitten hat. Der Fall der Tötung von Ghada Sabateen ist ein weiterer Beweis für die [rückhaltlose Anwendung tödlicher Gewalt israelischer Truppen](#) gegen Palästinenser\*innen bei der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben und in Situationen, in denen durchaus auch nicht-tödliche Mittel hätten eingesetzt werden können. Der Fall muss als möglicherweise rechtswidrige Tötung untersucht werden.

Der 27-jährige Mahmoud Aram, ein Palästinenser aus Gaza, der aufgrund seines Dokumentationsstatus keine Möglichkeit hatte, eine Einreisegenehmigung von der israelischen Armee zu erwirken, [wurde erschossen](#), als er südlich von Tulkarem im Norden der Westbank den Zaun/die Mauer überquerte. [Der Sprecher der israelischen Armee](#) sagte, der sei Mann unbewaffnet gewesen. Er äußerte sich nicht dazu, ob Mahmoud Aram eine Gefahr für Soldaten oder andere Personen dargestellt hatte. Sein Tod sollte als mögliche rechtswidrige Tötung untersucht werden.

Am 11. Mai 2022 wurden die al-Jazeera-Korrespondentin Shirin Abu Akleh von israelischen Soldaten getötet und der Pressekorrespondent der al-Quds Nachrichten Ali Samoudi verletzt, als sie von einer Razzia der israelischen Armee im Flüchtlingslager Jenin im nördlichen Westjordanland berichteten. Wie [al-Jazeera in einer Stellungnahme erklärte](#), war Shirin Abu Akleh von israelischen Soldaten in den Kopf geschossen und bei ihrer Einlieferung im Krankenhaus von Jenin für tot erklärt worden. Ein Sprecher der israelischen Armee [forderte](#) im Fall der Tötung von Shirin Abu Akleh eine gemeinsame Untersuchung mit den palästinensischen Behörden. Die palästinensische Journalistin Shatha Hanaisha, die nah bei Shirin Abu Akleh gestanden und die Erschießung erlebt hatte, [erklärte](#), die Gruppe der Journalist\*innen habe beieinander gestanden und Schutzwesten getragen, die sie eindeutig als Pressemitarbeiter auswiesen. Zu dem Zeitpunkt, als israelische Soldaten auf die Journalisten schossen und Shirin Abu Akleh in den Kopf und Ali Samoudi in den Rücken trafen, habe es keinen Schusswechsel zwischen israelischen Soldaten und bewaffneten Palästinensern gegeben. In einem Interview, das er im Krankenhaus gab, [sagte](#) Ali Samoudi, dass israelische Streitkräfte die Gruppe ohne Vorwarnung unter Beschuss genommen hatten. Der Tod von Shirin Abu Akleh sollte als mögliche rechtswidrige Tötung untersucht werden.

In den wenigen Fällen, die überhaupt untersucht werden, veröffentlichen die israelischen Behörden die Ergebnisse ihrer Untersuchungen nicht. Auch die israelischen Regeln zur Eröffnung des Feuers sind trotz mannigfaltiger Beweise für rechtswidrige Tötungen, die von palästinensischen, israelischen und internationalen Organisationen einschließlich [Amnesty International](#) vorgelegt wurden, bis heute nicht in Einklang mit internationalen Standards gebracht worden

## GETÖTETE PALÄSTINENSISCHE KINDER

Laut den von Amnesty International geführten Aufzeichnungen töteten bewaffnete israelische Truppen seit Beginn des Jahres 2022 bis zum 8. Mai 2022 unter anscheinend rechtswidrigen Umständen wie im Zuge exzessiver und rückhaltloser Gewaltanwendungen acht palästinensische Kinder. Im gleichen Zeitraum wurde ein palästinensisches Kind von einem bewaffneten israelischen Siedler getötet. Am 13. April 2022 wurde der 16-jährige Qusai Fuad Mohammad Hamamra aus Husam bei Bethlehem im südlichen Westjordanland nach dem Abendbrot erschossen. An einem Militärkontrollpunkt im Dorf, an dem drei Tage zuvor schon Ghada Sabateen von israelischen Soldaten getötet worden war, hatten sich palästinensische Menschenmengen zu Demonstrationen versammelt. Laut der [israelischen Tageszeitung Ha'aretz](#) warfen einige Demonstranten mit improvisierten Brandobjekten nach den Soldaten.

Qusai Hamamras Mutter Amina Hamamra erzählte Amnesty International: „*Ich glaubte meinen Nachbarn nicht, als sie mir sagten, dass Qusai den Märtyrertod gestorben sei. Ich lief ohne mein Kopftuch auf die Straße und schrie: ‚Wo ist mein Sohn, oh Herr, schenke mir Geduld!‘ Ich suchte ihn, aber der Platz war voller Soldaten und sie schossen von den Dächern. Eine Stunde lang versteckten wir uns in einem Haus und riefen dann das Koordinationsbüro der Palästinensischen Regierung an, wo man uns erklärte, dass die israelischen Soldaten Qusais Körper mit nach Etzion (eine israelische Militärbasis) genommen hatten. Ich sah ihn um drei Uhr morgens [am 14. April] in der Leichenhalle des Hussein-Hospitals in Beit Jala wieder.*“

[Der Menschenrechtsorganisation Defense for Children International Palestine \(DCIP\) zufolge](#) wurde Qusai Hamamra gegen 20:45 Uhr am Abend von israelischen Soldaten erschossen, als die Truppen einen Protest von Palästinenser\*innen in Husan polizeilich begleiteten. Qusai Hamamra erlitt zahlreiche Schusswunden durch scharfe Munition, die aus einem Abstand von rund 20 Metern auf ihn abgefeuert worden war. Laut den von DCIP zusammengetragenen Informationen traf ihn mindestens eine Kugel am Kopf. Kurz nach dem Vorfall [sagte die israelische Armee in einer Stellungnahme](#), dass in der Nähe des Dorfes Husan eine unbewaffnete Person erschossen worden sei, nachdem sie eine Flasche mit einer brennbaren Flüssigkeit auf den Militärposten geworfen habe, wobei keine Verletzungen unter den Soldaten vor Ort gemeldet wurden.

„*Ich sah das Blut an der Stelle, wo er erschossen worden war,*“ sagte Amina Hamamra. „*Es war, als habe man ein Schaf geschlachtet. Wegen der Schüsse konnte sich niemand der Stelle nähern. Er hatte Träume. Ich hatte Träume für ihn.*“

Laut der Aufzeichnungen von DCIP waren die weiteren Fälle, bei denen palästinensischer Kinder getötet wurden, folgende:

- Muhammad Abu Salah (16), erschossen am 13. Februar 2022 bei einer israelischen Militärrazzia in Silat al-Harithiya in der Nähe von Jenin in der nördlichen Westbank,
- Muhammad Salah (13), erschossen am 22. Februar 2022 in al-Khader bei Bethlehem,
- Yamen Khanafseh (15), erschossen am 6. März 2022 in Abu Dis östlich von Jerusalem,
- Nader Rayan (16), erschossen am 15. März 2022 im Flüchtlingslager Balata in der Nähe von Nablus in der nördlichen Westbank,
- Sanad Abu Atiyah (16), erschossen am 31. März 2022 im Flüchtlingslager von Jenin,
- Muhammad Qassim (16), angeschossen am 10. April 2022 und verstorben am 11. April 2022 im Krankenhaus von Jenin,
- Shawkat Abed (17), angeschossen am 14. April 2022 in Kafr Dan in der Nähe von Jenin und verstorben am 15. April 2022 sowie
- Mutasem Atallah (17), aus Harmala östlich von Bethlehem, der am 8. Mai 2022 von einem Siedlungswachmann erschossen wurde.

Sieben der neun Kinder waren unbewaffnet als sie unter Beschuss genommen und getötet wurden. Im Fall von Mutasem Atallah [behauptete die israelische Armee](#), dieser sei mit einem Messer bewaffnet gewesen und von einem bewaffneten israelischen Zivilisten erschossen worden, als er versucht habe, die israelische Siedlung von Tekoa zu betreten. Nach internationalem Recht ist eine solche Erschießung rechtswidrig. Im Fall von Nader Rayan erklärten die israelischen Behörden, er habe mit einer Pistole auf einen Konvoi israelischer Truppen gezielt, die eine Razzia im Flüchtlingslager Balata durchführten, in dem er lebte. Allerdings zeigen von Amnesty International [geprüfte Videos](#) und eine [Untersuchung der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem](#), dass Nader Rayan in Brust und in

Rücken geschossen wurde, als er vor schwer bewaffneten israelischen Soldaten davonlief. Laut einer Untersuchung der israelischen Tageszeitung Ha'aretz war nach der Tötung keine Schusswaffe bei Nader Rayan zu finden. [Nader Rayans Vater wird in der Untersuchung mit den Worten zitiert](#), er habe im Körper seines Sohnes zwölf Kugeln gezählt.

## GETÖTETE ZIVILPERSONEN IN ISRAEL UND GEWALTAUFRUFE PALÄSTINENSISCHER BEHÖRDEN IM GAZASTREIFEN

Am 22. März 2022 griff ein palästinensischer Bürger des Staates Israel, der aus der beduinischen Kleinstadt Hura in Südisrael stammte, mit seinem Auto und einem Messer Passanten in Beersheva an und tötete vier Menschen - Doris Yahbas (46), Moshe Kravitzky (50), Laura Yitzhak (43), und Menahem Yehezkel (67). Der Angreifer wurde dann von einem bewaffneten israelischen Zivilisten [erschossen](#). Am 27. März 2022 [schossen](#) zwei palästinensische Bürger des Staates Israel aus Hadera im Norden des Landes [auf Menschen an einer Bushaltestelle in der Stadt und töteten zwei Polizeibeamte](#). Ein Palästinenser aus Yabad im nördlichen Westjordanland feuerte am 29. März 2022 in Bnei Brak in Zentralisrael [mit einem Sturmfeurgewehr auf die Menschen auf der Straße und tötete fünf von ihnen](#), darunter die beiden jüdischen Bürger Israels Avishai Yehezkel (29) und Yaakov Shalom (36) sowie einen Polizeioffizier, bei dem es sich um einen palästinensischen Bürger Israels handelte, und zwei ukrainische Staatsbürger - Victor Sorokopot (32) und Dimitri Mitrik (23).

Am 7. April 2022 eröffnete ein Palästinenser aus dem Flüchtlingslager Jenin das Feuer auf ein Restaurant in der Dizengoff-Straße im Zentrum von Tel Aviv, tötete drei Menschen und verletzte Dutzende weitere. Die drei Männer, die dabei ums Leben kamen waren Eytam Magini (27), Tomer Morad (27) und Barak Lufan (35).

Die drei jüdisch-israelischen Staatsbürger Yonatan Havakuk (44), Boaz Gol (49) und Oren Ben Yiftach (35) wurden am 5. Mai 2022 in Elad in Zentralisrael von zwei Palästinensern getötet, die aus Rummaneh in der Nähe von Jenin in der nördlichen Westbank stammten. Nach [Zeugenaussagen, die in der israelischen Presse zitiert wurden](#), benutzten die beiden Angreifer dazu eine Axt und ein Messer. Sie wurden am 8. Mai 2022 [von israelischen Polizeikräften in der Nähe von Elad festgenommen](#).

Die palästinensischen Angreifer, die ihre Attacken am 27. und 29. März 2022 ausführten, wurden noch vor Ort von israelischen Soldaten erschossen. Im Fall des Angriffs vom 7. April 2022 töteten israelische Sicherheitskräfte den palästinensischen Gewehrschützen nach einer kurzen Verfolgungsjagd. Die meisten Angreifer scheinen ihre Attacken [ohne jeden organisatorischen Hintergrund](#) durchgeführt zu haben. [Die israelische Presse berichtete](#), dass sich drei der Attentäter von Beersheva und Hadera zu ihrer Unterstützung für die bewaffnete Gruppe des Islamischen Staates (IS) bekannt hatten.

Am 30. April 2022 [forderte der Hamasführer im Gazastreifen Yahiya Sinwar Palästinenser dazu auf](#), „alle verfügbaren Mittel“ einzusetzen, um israelische Personen in Israel und in den Siedlungen im Westjordanland anzugreifen, wobei er frühere Angriffe auf jüdische Zivilpersonen ausdrücklich lobte. Diese 45-minütige Rede Yahiya Sinwars, die über verschiedene Medienplattformen ausgestrahlt wurde, soll [israelischen Medienberichten zufolge](#) die Angreifer vom 5. Mai 2022 in Elad zu ihrer Tat inspiriert haben.

## KOLLEKTIVE BESTRAFUNG VON PALÄSTINENSER\*INNEN IN JENIN

Nach der Attacke von Tel Aviv am 9. April 2022 wurden willkürliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit über Jenin verhängt. Jalameh und Barta, die beiden Hauptkontrollpunkte, die in die Stadt hineinführen, wurden von der israelischen Armee eine Woche lang vollständig abgeriegelt. Palästinensischen Bürger\*innen des Staates Israel, die normalerweise ihre Einkäufe in Jenin erledigen, und palästinensischen Handelstreibenden aus Jenin [war es nicht erlaubt, die Kontrollpunkte zu passieren, um ihren Geschäften nachzugehen](#). Die Einschränkungen schienen ganz bewusst so [gestaltet](#) zu sein, dass sie sich auf die Wirtschaft der Stadt Jenin auswirkten. [Schätzungsweise](#) 5.000 Personen, die für die Teilnahme an religiösen Festlichkeiten während der saisonalen Feiertage Reisegenehmigungen erhalten hatten, wurden diese wieder entzogen.

Zusätzlich wurde aufgrund des jüdischen Passahfestes von 4:00 Uhr nachmittags am 15. April bis Mitternacht am 16. April 2022 eine vollständige Ausgangssperre über die gesamten besetzten palästinensischen Gebiete verhängt,

unter der es nur außerordentlich schweren humanitären Fällen erlaubt war, einen der ständigen israelischen Checkpoints in den besetzten palästinensischen Gebieten zu passieren.

Während der Abriegelung von Jenin und der umliegenden Gebiete führte das israelische Militär [nach Angaben des UNOCHA \(Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen\)](#) über 100 Razzien und Verhaftungsaktionen durch, von denen einige offenbar exzessive Gewaltanwendungen beinhalteten. Auf Grundlage der Dokumentationen des UNOCHA liegt die Zahl der seit Beginn des Jahres bis zum 18. April 2022 verletzten Palästinenser\*innen bei mindestens 3.623 Personen, von denen mindestens 226 bei israelischen Durchsuchungs- und Verhaftungsaktionen zu Schaden kamen wurden.

## ISRAELISCHE AUFRUFE ZUM EINSATZ EXCESSIVER GEWALT UND ANSTACHELUNG ZU GEWALT

Seit der jüngsten Eskalation der Gewalt gaben israelische Regierungsoffizielle einschließlich des Premierministers Naftali Bennett wiederholt Stellungnahmen ab, in denen sie zu Gewalt anstacheln und zum Einsatz rechtswidriger Gewalt ermutigen – zusätzlich zu den Befehlen, auch auf Palästinenser\*innen das Feuer zu eröffnen, die keine direkte Bedrohung darstellen. Andere Politiker\*innen wiegeln ebenfalls in aller Öffentlichkeit zu Gewalt auf und werfen damit ein deutliches Licht auf das Ausmaß der institutionalisierten Diskriminierung Israels gegenüber Palästinenser\*innen.

Am 30. März 2022 sagte der israelische Premierminister Naftali Bennett, dass jüdische Bürger\*innen des Staates Israel, die über eine [Lizenz zum Tragen einer Waffe verfügen](#), „*dies nun tun sollten*“. Am 10. April 2022 [erklärte er](#) gegenüber dem Regierungskabinett und der Presse: „*Der Staat Israel wird alles Notwendige unternehmen, um diesen Terrorismus zu überwinden. Wir werden unsere Rechnungen mit jedem begleichen der direkt oder indirekt mit den Angriffen in Verbindung gestanden hat. [...] Der Staat Israel ist zum Angriff übergegangen. [...] Im Krieg gegen den Terrorismus gibt es für die IDF (die israelische Armee), die ISA (den israelischen Inlandsgeheimdienst) und andere Sicherheitskräfte keine Einschränkungen*“.

Am 13. April 2022 warf das israelische Militär Flugblätter in Jenin ab, in denen die Einwohner\*innen davor gewarnt wurden, dass jeder, der sich den Sperranlagen nähert, die um die palästinensischen Bevölkerungszentren in der Westbank errichtet wurden, „*sich in unmittelbare Lebensgefahr begibt*“. Einen Tag später [erklärte Benny Gantz, dass sechzehn Kampfbataillone](#), darunter auch Spezialeinheiten im Westjordanland und besonders entlang der Sperranlagen stationiert worden seien. Er sagte weiter, die Truppen hätten Order erhalten, auf den Unterkörper aller Personen zu zielen, die versuchten, die Sperranlagen zu passieren. Seitdem wurde mindestens ein unbewaffneter Palästinenser erschossen, als er den Zaun/die Mauer überqueren wollte (siehe oben).

Im Nachklang des Angriffs von Elad rief der israelische Premierminister Naftali Bennett am 8. Mai 2022 zur Bildung einer „[zivilen Nationalgarde](#)“ auf. Im aktuellen Umfeld der Hetze in sozialen Medien, die mit Gewaltaufrufen gegen Palästinenser\*innen gesättigt sind, und in einer Zeit, in der Gruppen bewaffneter jüdischer Anhänger der Vorstellung einer ethnischen Überlegenheit [straflos gewalttätige Übergriffe begehen](#), könnte der Aufruf zur Bildung bewaffneter Gruppen von Zivilpersonen einer Befürwortung der Aufforderung zu Gewalt gleichkommen.

Die israelischen Gruppen *FakeReporter* und *Democratic Bloc*, die sich mit der Erfassung von Hassreden im Internet beschäftigen, förderten etliche Bilder mit Botschaften zutage, die zu Gewalt anstacheln und seit Anfang April 2022 durch jüdische Gruppen von Anhängern der Idee einer ethnisch begründeten Überlegenheit in Israel herausgegeben und über *WhatsApp* und *Telegram* geteilt wurden. Diese Botschaften enthielten auch Aufrufe an die Mitglieder einer Gruppe namens „*Love Israel*“, sich zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort in der Westbank zu treffen, wo palästinensische Wanderarbeiter tagtäglich nach Israel überwechseln. Eine der Botschaften liest sich: „*Wenn die Regierung sie nicht aushebt, werden wir das tun!*“ Ein anderer Nutzer reagierte mit: „*Bringt Messer, Schlagringe, Stöcke, Steine und Molotow-Cocktails mit. Wir sind schon siebzehn Mann und einige von uns sind bewaffnet*“. Bilder, die in den sozialen Medien geteilt wurden, zeigen Waffen wie Handgranaten, lange Messer und Schusswaffen.

Auch in Israels privaten Medien wurden Show-Sendungen ausgestrahlt, die zu Gewalt anstacheln. Am 9. Mai 2022 führte der israelische TV-Kanal *Hadashot* [Nachrichten] 13 [eine Befragung unter seinen Zuschauer\\*innen](#) durch, ob

Yahya Sinwar von israelischen Truppen ermordet werden solle. 59% stimmten mit „Ja“, im Vergleich zu 20%, die mit „Nein“ abstimmten.

[Nachforschungen von Amnesty International aus dem Mai und Juni 2021 zeigen](#), wie Israels Polizeikräfte regelmäßig versagen, wenn es um den Schutz palästinensischer Bürger\*innen des Staates Israel vor organisierten Attacken durch Gruppen bewaffneter jüdischer Anhänger von Ideen einer ethnisch-begründeten Überlegenheit geht, deren Pläne oft im Vorfeld veröffentlicht und über *WhatsApp* und *Telegram* geteilt werden.

## **ANWENDUNG EXZESSIVER GEWALT UND FOLTER GEGEN PALÄSTINENSER\*INNEN IN JERUSALEM**

Im besetzten Ostjerusalem haben mannigfaltige Einschränkungen des Zugangs für muslimische Gläubige zum Gelände der al-Aqsa-Moschee während und nach dem Monat Ramadan (zwischen dem 3. April und dem 1. Mai 2022) zu palästinensischen Protesten und gewaltsamen Zerschlagungen derselben geführt. An den Eingängen zur Altstadt, die auf die Promenade der al-Aqsa-Moschee führen, wurden zusätzliche halb-stationäre Checkpoints eingerichtet, an denen israelische Polizeikräfte bei der Überprüfung von palästinensischen Personalausweisen und Taschen übermäßige Gewalt, Einschüchterungsmethoden und Schikanierungen an den Tag legten.

Wenn sich Palästinenser\*innen abends nach dem Fastenbrechen in der Jerusalemer trafen, löste die Polizei ihre Zusammenkünfte in einer solchen Weise gewaltsam auf, dass es auf Folter und andere Misshandlungen hinauslief. Ein Journalist, der am Damaskus-Tor zur Altstadt an jedem Abend zwischen dem 4. und 6. April 2022 willkürliche und missbräuchliche Gewaltanwendungen durch Polizeikräfte beobachten konnte, erzählte Amnesty International: *„Die Polizeikräfte griffen meist darauf zurück, junge Leute mit heftigen Schlägen, mit Fäusten und Stiefelritten zu traktieren. Und ich sage hier ganz bewusst „jung“, denn die Menschen, bei denen ich sah, dass sie angegriffen und inhaftiert wurden, waren jünger als sechzehn, oft sogar erst um die vierzehn Jahre alt. Diese Einsatzkräfte führen sonst vermutlich Spezialmissionen in Bezug auf Attentate oder geplante Tötungen von gefährlichen Personen durch, hier nahmen sie aber Kinder ins Visier. Ich sah zwei dieser Festnahmen mit an, bei denen sie zwei Kinder verhaftet haben, einer war vierzehn und der andere, ich glaube, der war sogar noch jünger. Und ihr Vorgehen war monströs. Sie prügeln wie wild auf die Jungen ein, knieten sich auf ihre Nacken, schlugen sie am ganzen Körper, und wenn sich jemand wagte, den Kindern zur Hilfe zu kommen, dann richteten sie ihre Schusswaffen auf ihn.“*

Den Aussagen der Anwälte zufolge, die die Häftlinge vertreten und die von Amnesty International interviewt wurden, führten Razzien bewaffneter israelischer Polizeikräfte auf dem Gelände der al-Aqsa-Moschee am 15. April 2022 zur Verhaftung von mehr als 400 Palästinenser\*innen, viele davon Kinder. Wie die Anwälte der Verhafteten Amnesty International erzählten, wurden bis auf zehn alle Palästinenser noch am selben Tag ohne Anklage wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Razzien begannen bei Tagesanbruch und hielten sechs Stunden lang an. [Laut der Palästinensischen Gesellschaft vom Roten Halbmond](#) wurden dabei [mindestens 152 Palästinenser\\*innen](#), darunter auch Kinder, durch Gummigeschosse, scharfe Munition und Schockgranaten verletzt; 117 wurden wegen ihrer Verletzungen in Krankenhäuser eingewiesen.

Der offizielle Sprecher der israelischen Polizei [erklärte in einer Stellungnahme](#): *„Die Polizeikräfte unter der Leitung des Kommandanten der Jerusalemer Bezirkspolizei waren gezwungen, einen gewaltsamen Tumult am Tempelberg zu zerstreuen. Hunderte Randalierer nahmen an den Zusammenstößen teil, bei denen Steine und Feuerwerkskörper auf Polizeikräfte und gegen das hintere Ende der Klagemauer geschleudert wurden.“* Laut Aussage israelischer Behörden wurden drei israelische Polizeibeamte verletzt. Die Tumulte brachen vor Tagesanbruch aus, nachdem in den sozialen Medien Informationen darüber veröffentlicht worden waren, dass [jüdische Anhänger der Vorstellung einer ethnisch-begründeten Überlegenheit vorhatten](#), auf dem Gelände der al-Aqsa-Moschee, die von jüdischen Gläubigen auch als „Tempelberg“ bezeichnet wird, der auch für sie eine heilige Stätte ist, [religiöse Rituale durchzuführen](#).

Amnesty International sprach mit zwei Journalisten, die die Razzia vom 15. April 2022 dokumentiert haben, aber anonym bleiben wollen. Einer der beiden sagte: *„[Die Polizei] feuerte zahlreiche Gummigeschosse ab, und die Verletzungen betrafen alle die obere Körperhälfte, zumeist das Gesicht, den Rücken und die Brust. Und sie gingen wie Scharfschützen vor, die genau wussten, wieviel Schaden sie anrichteten. Es war wie ein Krieg. Ich sah ein*

*Dutzend schwerer Verletzungen. Ich sprach auch in Krankenhäusern mit den Verletzten, unter anderem mit zwei älteren Männern, denen auf den Kiefer und in den Nacken geschossen worden war.“*

Ein weiterer Journalist namens Rami Khatib, der für die Verwalter der al-Aqsa-Moschee tätig ist, wurde offenbar ebenfalls von bewaffneten Polizeikräften ins Visier genommen. In [Videos](#), die [Rami Khatib selbst und andere im Internet veröffentlicht haben und die von Amnesty International überprüft](#) und verifiziert wurden, ist Rami Khatib zu sehen, wie er in etwa 20-30 Metern Entfernung von den Ereignissen auf der Seite der Esplanade stand und die Zusammenstöße bewegungslos mit der Kamera aufnahm. Plötzlich kam ein Polizeioffizier heran und lehnte sich mit der Brust gegen die Kamera von Rami Khatib. [Innerhalb von Sekunden](#) stürmen fünf weitere Polizeibeamte auf ihn los und begannen, ihn mit Schlagstöcken zu traktieren, während er sich zurückzog. Sie schlugen auf ihn ein, bis er zu Boden ging und dabei immer weiter versuchte, seine Kamera zu retten. Rami Khatib erzählte Amnesty International: *„Ich hatte keine Zeit, ihnen meinen Presseausweis oder meinen Personalausweis zu zeigen. Auf jeden Fall kennt mich die Polizei, weil ich jeden Tag da bin und ihnen immer ohne zu murren meinen Personalausweis zeige. Mir kam es so vor, als hätten sie es direkt auf mich abgesehen, denn ich hatte ja an der Seite gestanden; es ist mein Job die Ereignisse zu dokumentieren. Sie benahmen sich, als ob sie zu mir kämen, um sich zu rächen, obwohl ich doch nur Fotos mache.“*

Rami Khatibs Arm wurde durch die Schläge gebrochen, und er hatte am ganzen Körper blaue Flecken, auch am Kopf. Wegen der starken Beweislage durch die Bilder aus seiner Kamera besteht er darauf, die Täter vor Gericht zu bringen. *„Ich werde Anzeige gegen sie erstatten, auch wenn ich nicht glaube, dass ihre Gerichte zu einem gerechten Urteil kommen werden. Ich habe die Beweise, und es gibt viele, die so attackiert wurden wie ich, die das aber nicht mit der Kamera aufgenommen haben.“*

Ein anderer Augenzeuge beschrieb Amnesty International, wie die israelische Polizei gewaltsame Verhaftungen durchführte, die mit massiven Schlägen einhergingen. Er erzählte, dass kurz nach Tagesanbruch am 15. April 2022, die meisten palästinensischen Gläubigen bereits entweder von Sanitätern fortgebracht oder von der Polizei durch die Tore nach draußen gedrängt worden waren. Die Mehrzahl der etwa 400 Menschen, die dageblieben waren, wurde [laut der palästinensischen Nichtregierungsorganisation für Menschenrechte Addameer](#) von den israelischen Polizeikräften verhaftet und in Bussen in zwei Haftzentren verbracht, entweder zur Polizeiwache Moskobiya in Westjerusalem oder zur Polizeiwache von Ma'ale Adumim, einer nach internationalem Recht illegalen israelischen Siedlung. Der Augenzeuge erzählte Amnesty International: *„Als sie gefesselt und gegen die Mauer gedrängt wurden, um abtransportiert zu werden, schlugen die Polizeikräfte immer weiter auf die Männer ein, sogar auf Jungen, Männer mit Behinderungen und alte Männer. Die Polizeioffiziere knieten sich auf ihre Köpfe und Nacken, verprügelten sie mit Schlagstöcken und Fäusten, und traten mit erschreckender Brutalität mit ihren Stiefeln auf sie ein. Die meisten Verletzungen bestanden aus gebrochenen Armen und Händen, die davon herrührten, dass Polizisten darauf getreten hatten. Es sah so aus, als wollten sie den Platz schnell räumen, damit die Siedler kommen und dort ihre Gebete abhalten konnten.“*

Ein weiterer Zeuge, der auf der al-Aqsa-Esplanade anwesend war, sagte Amnesty International: *„Sanitäter errichteten ein Zelt auf der Promenade, und auch auf das Zelt wurde mit Gummikugeln geschossen. Menschen, die versuchten an Verletzte heranzukommen, um sie zum Sanitätszelt zu bringen, wurde ebenfalls unter Beschuss genommen.“* Einer der Verletzten war einer der Servicemitarbeiter der al-Aqsa-Moschee Esplanade, Husam Sedr. Er war von einer Kugel im Gesicht getroffen worden. [Fotos](#), die Amnesty International gesichtet hat, zeigen Prellungen um sein rechtes Auge herum, die den Verwundungen durch Gummigeschosse entsprechen. [Augenzeugen berichteten in der Presse](#) und in einem Interview mit Amnesty International, dass auf Husam Sedr geschossen wurde, während er den Sanitätern half.

## **APARTHEID, VERFOLGUNG UND VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT**

Die Muster exzessiver Gewaltanwendungen gegen Palästinenser\*innen bei Polizeiaktionen und die Stellungnahmen israelischer Offizieller in Reaktion auf solche Operationen besonders im Verlauf von Protesten, spiegeln eine geplante und beständige Strategie von Schüssen auf Palästinenser\*innen wider, die entweder zu deren Tod oder zu deren Verstümmelung führen sollen. Diese Praktiken stimmen mit den Straftatbeständen des „Mordes“ und „*anderer unmenschlicher Handlungen ähnlichen Charakters*“ überein, *„die bewusst große Leiden oder schwere Verletzungen des Körpers oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit hervorrufen sollen“*, oder die *„Erzeugung schwerer*



*körperlicher oder mentaler Schäden, bei den Mitgliedern einer oder mehrerer ethnischer oder anderer Gruppen“*, wie dies im Römischen Statut zum Internationalen Strafgerichtshof beschrieben ist. Zudem sind Palästinenser\*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten nach Internationalem Humanitären Völkerrecht *„geschützte Personen“*, die zu allen Zeiten Anspruch auf einen besonderen Schutz und menschliche Behandlung haben. Absichtliche und unrechtmäßige Tötungen und Verletzungen von Palästinenser\*innen in den OPT im Verlauf polizeilicher Operationen als solche laufen auf außergerichtliche Hinrichtungen hinaus, die nach internationalem Völkerrecht als Verbrechen gelten. Außerdem stellen sie als absichtliche Tötungen und absichtliche Verursachung großer Leiden oder schwerer Verletzungen des Körpers oder der Gesundheit einen gravierenden Bruch der Genfer Konventionen dar und sind damit Kriegsverbrechen.

Die weitverbreitete und systematische Anwendung von willkürlichen Festnahmen, Administrativhaft und Folter im großen Stil durch Israels Truppen gegenüber Palästinenser\*innen, in offenkundigem Verstoß gegen verschiedene Verbote aus dem Internationalen Völkerrecht, stellen eine Komponente der Politik der Herrschaft und Kontrolle des Staates über die palästinensische Bevölkerung dar. Insofern beinhalten Israels Gesetze und seine Strategien der Administrativhaft und Folter Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie die *„Inhaftierung oder andere schwerwiegende Formen des Entzugs der physischen Freiheit“* und *„Folter“*, die nach dem Statut von Rom und anhand der Apartheid-Konvention verboten sind. Wenn Folter und andere Misshandlungen in besetzten Gebieten begangen werden, dann gelten sie auch als Kriegsverbrechen

Seit Langem bestehende diskriminierende Gesetze, Strategien und Praktiken gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten haben zu zahlreichen Einschränkungen grundlegender Rechte geführt, darunter die willkürliche Einschränkung der Rechte von Palästinenser\*innen auf freie Bewegung und den Aufenthalt in ihren Gemeinden, ihr Recht auf ein Familienleben und ihre Rechte auf Zugang zu einem Lebensunterhalt, auf eine angemessene Unterkunft, auf Nahrung, Wasser, grundlegende medizinische Versorgungsdienste und Bildung. Diese Verstöße stellen einen Teil der vielfachen Ausführung von Verbrechen, die nach Internationalem Völkerrecht verboten sind, ausgewiesen unter anderem in Artikel 7 des Römischen Statuts und in Artikel II(c) der Apartheid-Konvention.

Im Sinne der Definitionen des Römischen Statuts verüben israelische Behörden das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der *„Verfolgung“* und andere unmenschliche Handlungen, die diesem ähnlich sind, sowie die *„Verweigerung grundlegender Menschenrechte“*, die *„eine oder mehrere ethnische oder andere Gruppen hindern, am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes teilzunehmen, und die bewusste Herbeiführung von Bedingungen, die deren volle Entwicklung verhindern“*, wie es in der Apartheid-Konvention formuliert ist.

Rechtswidrige Tötungen, willkürliche Festnahmen und Folter, die Verweigerung von Grundrechten auch im Zuge kollektiver Bestrafung sind verbotene Handlungen, die einen Teil eines systematischen wie weitverbreiteten Angriffs israelischer Behörden gegen die palästinensische Bevölkerung bilden, der in seiner Gesamtheit auf das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid hinausläuft.